



Protokollauszug
zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 09.07.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg - Gewährung eines städtischen Zuschusses für die Jahre 2026-2030 (Vorberatung)	Vorl.Nr. 195/25
--------------	---	------------------------

Beschlussempfehlung:

Die Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg wird in den Haushaltsjahren 2026-2030 mit einem Betriebskostenzuschuss i.H.v. 150.000,00 Euro pro Jahr gefördert. Der Zuschuss steht im jeweiligen Jahr unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur geht auf die Vorlage ein und betont, dass die Akademie für die Stadt von unschätzbarem Wert sei.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** lobt die Einrichtung insbesondere wegen ihrer guten Verwobenheit und breiten Ausstrahlung, auch in die Stadtgesellschaft hinein. Der städtische Anteil sei angemessen. Die Investition sei wichtig und ein klares Bekenntnis zur Akademie.

Stadtrat **Meyer** schließt sich dem Vorredner an und nennt die Akademie eine Perle in der deutschen Hochschullandschaft mit einer positiven Wirkung in die Stadtgesellschaft. Er merkt an, dass das Gebäude für die Akademie gebaut worden sei. Er lobt das hohe Engagement und die Vermittlungsquote, wie auch die Zusammenarbeit mit der Filmakademie auf dem Campus.

Stadträtin **Moersch** erinnert, dass sich die Stadt Stuttgart ebenso um die ADK und die Filmakademie bemüht habe. Sie sei froh, dass beide in Ludwigsburg ansässig seien und sich gegenseitig bereichern und unterstützen. Der Campus sei auf die Hochschulen zugeschnitten. Sie lobt die hervorragende Arbeit und Ausbildung.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** dankt für die Besichtigung in der vergangenen Woche. Beide Akademien seien eng verknüpft. Die Verortung im Zentrum der Stadt sei richtig und fördere ein attraktives Ludwigsburg mit künstlerischer Note. Die ADK kooperiere mit anderen Einrichtungen in der Stadt und sei gut sichtbar, lobt er.

Stadträtin **Dötterer** schließt sich dem Dank an.

Stadtrat **Taskin** lobt ebenso die Arbeit der Akademie. Er werde sich dennoch heute enthalten und erklärt dies aufgrund seiner geschäftlichen, aber nicht befangenheitsrelevanten, Beziehungen.

Nach dieser Aussprache lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

TOP 2

Werkstattbericht zur Kultur- und Sportförderung - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf und merkt an, dass es sich heute um einen Werkstattbericht handle. Die Beratung über die Detailvorschläge erfolge im September.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport berichtet für den Bereich Sport anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** hebt die Bedeutung der Vereine für die Stadtgesellschaft hervor. Ihnen komme neben Familie und Schule die wichtigste Sozialisierungsfunktion zu. Dies sei unbezahlbar und stehe auf den ersten Blick im Gegensatz zu den Einsparplänen, wenngleich diese allerdings zu Einsparungen durch Bürokratieabbau und Entschlankung der Sportförderung beitragen. Die Reduzierung der Personalkosten sieht er kritisch, dies könne dazu beitragen, dass begabte Trainer in einen anderen Ort wechseln. Er fragt nach, ob die Gebäude der drei Vereine, die von

der Streichung der Übernahme der Mietkosten betroffen seien, aufgrund der Höhe der Mietkosten weder den Vereinen noch der Stadt gehören würden. Er lobt die gute Gesamtstruktur des Vorschlags.

Seiner Fraktion sei das Ehrenamt in den Vereinen sehr wichtig, betont Stadtrat **Meyer**. Die Leitideen des Vorschlags, Bürokratieabbau, Vereinfachung und Fokussierung auf den Jugend-, Spalten- und Breitensport, seien gut. Problematisch finde er die Reduzierung der Personalkosten und hofft auf einen fairen Kompromiss. Im Bereich der Förderung der Sanierungskosten tendiere seine Fraktion zum Vorschlag des Stadtverbands 35% + 5% Bonus für energetische Maßnahmen, um den Vereinen mehr Sicherheit zu geben. Es sei auch vorstellbar, die Jugendarbeit in die Förderung der Sanierungskosten einzubeziehen, beispielsweise durch die Regelung 30% + 5% Bonus für energetische Maßnahmen + 5% Bonus für Jugendarbeit. Er regt an, die Förderung von Fusionen aufzunehmen, da diese bisher noch nicht enthalten sei. Er fragt nach, was in der Tabelle beim Fördertatbestand Leistungssport „Stufe Nr. 1: höchste Liga eingleisig, Stufe Nr. 2: höchste Liga zweigleisig“ bedeute. Die Richtung des Vorschlags unterstütze seine Fraktion insgesamt.

Stadträtin **Akin** schildert, der Ansatz und die Schwerpunktsetzung seien genau richtig, bis auf Kleinigkeiten, hierzu sei ihre Fraktion offen für einen Kompromiss. Bezuglich der Baukosten tendiere ihre Fraktion zum Vorschlag des Stadtverbands zu 35% + 5% Bonus für energetische Maßnahmen.

Stadtrat **von Stackelberg** erinnert an den Antrag, den seine Fraktion zu den Baukostenzuschüssen gestellt habe. Mit diesem wollten sie eine Gerechtigkeitsdebatte auslösen, so dass wohlhabende Vereine keine höheren Förderungen für teure Projekte erhalten würden. Er begrüßt, dass hieraus Einsparmöglichkeiten entwickelt wurden. Er fragt nach, wer darüber entscheide, welche Vereine in die Förderung aufgenommen werden. Ihm sei bekannt, dass darüber der Stadtverband für Sport entscheide und nicht der Gemeinderat. Bei der Regelung der Grundförderung gehe seine Fraktion mit, denn Jugendarbeit solle stark gefördert werden. Allerdings würden sich auch volljährige Vereinsmitglieder noch in Ausbildung befinden, für die die Vereine keine Förderung erhalten würden und diese Auswirkungen auf die Vereine müsse geprüft werden, merkt er an. Er fragt, ob die Reduzierung bei den Stadtverbandstrainern dauerhaft geplant sei. Er hebt hervor, dass die Einsparungen bei den Mietkosten die Existenz mancher Vereine gefährden könnte. Die entsprechenden Auswirkungen auf die Vereine müsse beachtet werden. Über eine Förderung zu Jubiläen könne noch diskutiert werden. Hierzu wünsche er sich eine genaue Erläuterung, wie die Förderung tatsächlich aussehen solle. Die Zustimmung seiner Fraktion zur Reduzierung der Schwimmsportförderung hänge davon ab, ob sie den Freizeitsport oder Erwachsene beim Schwimmenlernen unterstützt. Er sieht es kritisch, dass die württembergische Meisterschaft nicht mehr geehrt werden soll. Denn in manchen Sportarten habe diese einen sehr hohen Stellenwert. Außerdem sei die Ehrung eine gute Möglichkeit, Vereine in die Öffentlichkeit zu spiegeln. Bei den Personalkosten sei ihm unklar, wo die Summe von 30.000 € eingespart werden solle.

Die Fraktion von Stadträtin **Dötterer** begrüßt die Einsparmaßnahmen. Sie fragt nach, was die Abkürzung JtfO in der Präsentation bedeute.

Stadträtin **Allerborn** begrüßt die Einsparmaßnahmen. Bei den Baukosten würde sie 30% + 10% Bonus für energetische Maßnahmen befürworten, da der Klimaschutz

sehr wichtig sei und Anreize hierzu geschaffen werden sollten. Bei den Personalkosten zu sparen sei aufgrund der Trainerengpässe das falsche Zeichen und sie würde sich über einen Konsens freuen. Sie fragt nach, wie die Inklusion von Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund derzeit gefördert werde.

EBMin **Schmetz** dankt für die Anregungen. Diese werde man mitnehmen.

Der **Leiter** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Über die Aufnahme in die Sportförderung entscheide der zuständige Ausschuss, also der Bildungs- und Sozialausschuss, nach Anhörung des Stadtverbands für Sport. Die Reduzierung bei den Stadtverbandstrainern gelte zunächst für drei Jahre. Die Abkürzung JtfO stehe für Jugend trainiert für Olympia. Im Bereich der Fusionen gebe es Einzelbeschlüsse, diese werde man noch aufnehmen. Die Leistungsförderung für eine ein- oder zweigleisige Bundesliga sei abhängig davon, ob die Liga für ganz Deutschland insgesamt gelte oder in verschiedene Bundesligen unterteilt sei. Die aktuellen Richtlinien regeln die Jubiläen für 25, 50, 75 und 100 Jahre, diese wolle man beibehalten. Ein 100-jähriges Jubiläum werde mehr gefördert als die anderen Jubiläen. Es bestehe ein Bedarf zur Förderung, da die Vereine diese Jubiläen entsprechend feiern würden. Derzeit werde vom Schwimmverein neben Schwimmunterricht auch freies Schwimmen angeboten. Hier werde die Förderung für das freie Schwimmen reduziert. Die Mietkosten betreffen die Räumlichkeiten dreier Vereine. Diese seien nicht im Eigentum der Stadt und können auch nicht bereitgestellt werden. Zur Deckung der Mietkosten müssten die Vereine ihre Mitgliedsbeiträge in geringem Ausmaß erhöhen. Die Inklusion und Integration laufen derzeit im Bereich von innovativen Projekten, deren Förderung um 20.000 € reduziert werde.

Die **Erste Vorsitzende** des Stadtverbands für Sport ergänzt, der Stadtverband unterstütze auch Inklusionsmaßnahmen.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur berichtet für den Bereich Kultur anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Man befindet sich noch im Prozess und freue sich über Anregungen, erläutert EBMin **Schmetz**. Heute solle keine konkrete Entscheidung getroffen werden, sondern es handle sich lediglich um einen Werkstattbericht. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** merkt an, dass die im Falle einer Sanierung des Forums freiwerdenden Kapazitäten noch mit konkreten Zahlen unterlegt werden müssten. Für eine Debatte müssten außerdem noch Kriterien aufgestellt werden, unter anderem welche Einrichtung zukünftig welche Förderungen erhalten soll. Ihm falle es derzeit schwer, über eine Zustimmung oder Ablehnung des Vorschlags zu entscheiden, da dieser hierfür noch nicht konkret genug sei.

Stadtrat **Meyer** erläutert, dass aufgrund der vielen beteiligten Akteure es verständlich sei, dass die Vorschläge im Kulturbereich noch in einem anderen Stadium als im Sportbereich seien. Für die Entscheidung im September seien konkrete Zahlen erforderlich. Hierzu müsse auch die Verwaltungsspitze Stellung beziehen und eine Zielsetzung bezüglich der Einsparungen vorgeben. Bezuglich der Sanierung des Forums merkt er an, dass die Mittel währenddessen nicht komplett frei seien, sondern es unter anderem mit dem Interimsprogramm und dem Foyer der

Reithalle dennoch Kostenbereiche gebe. Für eine Entscheidung müssen konkrete Zahlen vorgelegt werden.

Im Vortrag wurden bereits Ansätze und Herausforderungen identifiziert, beschreibt Stadträtin **Akin**. Da aktuell noch nicht klar sei, was mit dem Forum passieren werde, bitte sie weitere Möglichkeiten zu bedenken und diese dem Gremium im September vorzustellen. Bundesweit würden immer mehr Städte an der Kultur sparen, dies wolle sie für Ludwigsburg nicht. Daher sei es wichtig, einen Kompromiss zu finden. Hierfür würden so früh wie möglich klare Kriterien und Schwerpunkte wie beispielsweise die Kinder- und Jugendarbeit benötigt, um an diesen zu arbeiten.

Eine Umgestaltung der Kulturförderung sei aufgrund der Vielschichtigkeit der Fragen schwer zu lösen, bemerkt Stadtrat **von Stackelberg**. Es sei unter anderem kompliziert, die Qualitätskriterien und die formellen Kriterien festzulegen, da sich diese zwischen den einzelnen Kulturinstitutionen stark unterscheiden würden. Für die Kulturinstitutionen werde es zunehmend schwerer sein, an Drittmittel zu gelangen, um die gestiegenen Sachkosten zu finanzieren. Wenn die Stadtverwaltung die Förderung reduziere, entstehe so eine Lücke bei den Institutionen. Hier müsse identifiziert werden, wen die Reduzierung der Förderung tatsächlich gefährde und wo man dann mit anderen Mitteln abfedern könne. Es müsse eine Entbürokratisierung stattfinden, damit die Mittel einfacher beantragt werden können und die Kultureinrichtungen hierfür nicht viel Zeit und Personal investieren müssen. Die Vorschläge seien ein gutes Signal an die Kulturinstitutionen und signalisieren eine weitere Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Er legt keine große Hoffnung in die angesprochenen freiwerdenden Mittel durch die Renovierung des Forums, denn für das Interimsprogramm würden eventuell, durch die hierfür notwendigen Umbaumaßnahmen, sogar höhere Kosten entstehen. Daher solle mit Äußerungen über mögliche Einsparungen, die der Kultur zugutekommen sollen, vorsichtig umgegangen werden, da ansonsten falsche Erwartungen entstehen, die am Ende nicht erfüllt werden können. In Bezug auf die Architektur der Kulturförderung müsse auf eine Streuung des Kulturangebots geachtet werden, um eine breite Zielgruppe zu erreichen. Er fragt nach, was bei der Förderung externer Einrichtungen und Vereine bei den Einrichtungen mit „50% externe Akteur:innen“ und bei den Vereinen mit „50% externer Akteur:innen nach Richtlinie gefördert“ gemeint sei.

EBMin **Schmetz** dankt für die Anregungen. Sie betont, dass bei der Kulturförderung keine Erhöhung, sondern lediglich eine Umschichtung möglich sei. Im Sinne der Gleichbehandlung müsse auch im Kulturbereich reduziert werden. Derzeit sei geplant, dass die Reduzierung durch das stadteigene Kulturprogramm getragen werde. Dies betreffe insbesondere den laufenden Betrieb und nicht die Investitionen. Es wurden bereits Gespräche mit vielen Kultureinrichtungen geführt zur finanziellen Situation und Nachfrage nach deren Kulturprogramm. Hierbei stellten sich die Raummieten und die Personalkosten als Hauptprobleme heraus. Deswegen würden diese Bereiche verstärkt gefördert, um eine Stabilität zu erreichen. Der Rest des Betriebes müsse sich durch Einnahmen und Drittmittel refinanzieren. Der Kulturbereich unterscheide sich vom Sportbereich unter anderem durch mehr hauptamtlich tätiges Personal, da viele Einrichtungen nicht ohne eine Professionalisierung funktionieren könnten. Die Personalkosten seien deshalb höher als im Sportbereich und andere Existenzsicherungsmaßnahmen erforderlich. Weiter geht sie auf das Forum ein. Sollte dessen Sanierung nicht beschlossen werden, müsste es dennoch geschlossen werden, da der Brandschutz ab Ende 2026 nicht mehr eingehalten werden könne. Sollte es saniert werden, müsse für den Interimsbetrieb kalkuliert werden, welche Kosten eingespart werden könnten. Nach

der Sanierung des Forums müsse eine neue Lösung für die Förderung der Kultur gefunden werden. Daneben müssten auch im Kulturbereich Fusionen gefördert und auf den Kinderschutz geachtet werden.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Mit „50% externer Akteur:innen“ sei gemeint, dass die nicht von der Stadt getragenen Kultureinrichtungen und der Stadtverband für Musik, circa 50% der Anzahl der geförderten Akteure ausmache. Sie dankt für die Rückmeldungen.

Nach dieser Aussprache stellt EBMIn **Schmetz** die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

TOP 3

Fortführung der Förderung des Projektes "Sprach- und Spielkiste" des Kinderschutzbundes Ludwigsburg

Vorl.Nr. 115/25

Beschluss:

Die städtische Förderung des Projektes „Ich und Du“ Sprach- und Spielkiste des Kinderschutzbundes Ludwigsburg wird um weitere drei Jahre (2026, 2027, 2028) mit jeweils 15.000€ fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** wird der Vorlage zustimmen. Kinder mit Fluchterfahrung stehen häufig vor großen emotionalen und sprachlichen Hürden. Das Projekt biete einen geschützten Raum für Stabilität, Sprache und gebe ein Stück Kindheit zurück. Frühzeitige sprachliche und soziale Förderung sei entscheidend für Teilhabe und Bildung und das Projekt setze hier mit fachlicher Kompetenz, menschlicher Wärme und großer Sensibilität an.

Stadträtin **Dr. Traub** erinnert an die Verpflichtung aus der UN-Kinderrechtskonvention auf das Recht zu Spielen und Lernen. Die Probleme der Geflüchteten und deren Folgekosten seien nicht zu unterschätzen. Sie lobt die gute Arbeit, die Niederschwelligkeit, das ehrenamtliche Engagement in Verbindung mit Fachpersonal und die spielerische Heranführung an die Sprache sowie die Kontinuität auch in den Ferien. Sie wird der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Akin** wird der Vorlage zustimmen und spricht ihren Dank aus.

Das Projekt diene der sozialen Teilhabe, sagt Stadtrat **Gekeler** und dankt. Er fragt, inwieweit der Landkreis sich finanziell beteilige.

Stadträtin **Dötterer** spricht von einem notwendigen Integrationsangebot und wird der Vorlage zustimmen. Sie fragt, ob ein langfristiger Ausbaubedarf möglich sei.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport merkt an, dass das Projekt durch die Stadt gefördert werde. Das Angebot finde in der Unterkunft, Fröbelstraße statt.

Nach dieser Aussprache lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen. Sie merkt an, dass die derzeitige wirtschaftliche Situation einen Ausbau nicht möglich mache.

TOP 4

**Kontaktstelle Frau und Beruf -
Bewerbung um neue Förderperiode**

Vorl.Nr. 118/25

abgelehnter Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresbericht 2024 der Kontaktstelle Frau und Beruf wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit der Kontaktstelle Frau und Beruf, um die neue zweijährige Förderperiode ab 2026 zu bewerben.
3. Die organisatorische Zuordnung der Kontaktstelle Frau und Beruf innerhalb der Stadtverwaltung wird überprüft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschlussvorschlag wird mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beratungsverlauf:

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht anhand einer Präsentation auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** sieht die Beratung als Aufgabe des Jobcenters. Dort gebe es ebenso gute niederschwellige Beratungsangebote und sie spricht mögliche Doppelstrukturen an. Sie dankt für die engagierte Arbeit und spricht eine hohe fachliche Wertschätzung aus. Frauen gezielt zu stärken sei wichtig, dennoch werde ihre Fraktion aufgrund der Haushaltssituation der Vorlage nicht zustimmen. Sie fragt, ob eine Finanzierungsmöglichkeit über Spenden abbildbar sei.

Stadträtin **Bilger** bemängelt den kurzfristigen Zeitrahmen und teilt mit, dass ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, zudem diskutiere auch der Landkreis eine Kürzung. Sie betont, dass die Arbeit wichtig sei und die Ziele ausdrücklich unterstützt werden und sie dankt für die engagierte Arbeit. Dennoch weist sie auf die Freiwilligkeit und bestehende Doppelstrukturen mit dem Jobcenter hin. Weniger als 30 Prozent der Kundinnen kommen aus Ludwigsburg, gibt sie zudem zu bedenken.

Stadträtin **Moersch** lobt die hervorragende, wertvolle Arbeit und die professionelle Unterstützung werde gebraucht. Sie wird der Vorlage gerne zustimmen. Jeder Einstieg in das Berufsleben sehe sie als einen Gewinn für die Gesellschaft und die Auflösung der Kontaktstelle sehe sie als einen fatalen Fehler an.

Stadtrat **Gekeler** lobt ebenso die gute Arbeit, sieht jedoch die Aufgaben von anderen Stellen abgedeckt und Doppelstrukturen sollen nicht erhalten bleiben. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage werde seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Stadträtin **Dr. Traub** fragt, ob es ebenso Beratungen für Männer gebe.

EBMin **Schmetz** macht deutlich, dass eine Ablehnung das Ende der Kontaktstelle bedeute und diese zum Jahresende schließen werde. Sie sieht die Doppelstrukturen nicht. Zudem habe das Land Interesse die Stelle aufrecht zu halten, schon deshalb seien Doppelstrukturen ausgeschlossen. Die Kontaktstelle sei ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Viele weitere Beratungsangebote bei Verbänden und Industrie- und Handelskammer, seien vorwiegend auf Männer ausgerichtet, antwortet sie auf die vorangegangene Frage.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie (Leiterin der Kontaktstelle) geht auf die offenen Fragen ein. Eine Finanzierung über Spenden sei finanztechnisch schwer abzuwickeln. Das Ministerium gebe die Antragsfrist vor, so die Erklärung zum kurzfristigen Zeitrahmen. Es werden nicht nur Beratungen, sondern auch zahlreiche Veranstaltungen angeboten.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses stellt sie fest, dass der Beschlussvorschlag abgelehnt sei und keine Bewerbung auf eine Förderung ab 2026 erfolge. Der Antrag der FDP-Fraktion Nr. 375/23 ist mit der heutigen Beratung erledigt.

Beschluss:

Den zusätzlich beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2025/26 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Allerborn
Stadträtin Dötterer
Stadträtin Moersch

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** spricht von positiven Nachrichten. Für den Stau im Ü3-Bereich seien weitere Baumaßnahmen erforderlich und sollen schnell umgesetzt werden. Die zentrale Platzvergabe habe einen strategischen Vorteil gebracht. Früher und klarer können jetzt die Angebote und Bewegungen lokalisiert werden. Die Abwanderung der Familien aufgrund fehlenden Wohnraumes sei ein großer Verlust und katastrophal, auch im Sinne der Altersstruktur in der Stadt. Diese Entwicklung beobachte er mit Sorge und er werde dieses Thema mit seiner Fraktion diskutieren.

Die zentrale Vergabe werde positiv gesehen, wie auch die Abfrage des Betreuungsbedarfes, sagt Stadträtin **Bilger**, so können die Träger die Öffnungszeiten entsprechend anpassen. Eine frühzeitige Anmeldung sei für die Transparenz der Bedarfe von Vorteil. Sie fragt, wie viele Plätze aktuell nicht belegt seien. Einer Fehlbelegung solle rasch gegengesteuert werden, unter anderem durch eine Zentralisierung der Öffnungszeiten. Die Wegzugthematik erschrecke sie ebenso. Hierzu wünscht sie mehr Information zu den Gründen. Sinnvoll sehe sie den Ausbau in der Oststadt.

Stadträtin **Akin** dankt für die gute Darstellung und freut sich über die Effizienz, wenngleich sie die Statistiken erschrecke. Sie fragt nach Ansätzen und Ideen.

Der Wegzug werde nicht gewollt, auch wenn sich diese Bevölkerungsentwicklung auf die Anzahl der Plätze auswirke, sagt Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Fehlbelegungen sollen möglichst minimiert werden und Nachbelegungen schneller möglich sein. Die Wohnungsbaupolitik und der Trend zu kleineren Wohneinheiten, schaffe keine Durchmischung und keinen Wohnraum für Familien. Die Kommune und der Gemeinderat müsse bei der Vergabe der Bauplätze diesbezüglich steuern und Signale setzen.

Stadtrat **Meyer** fragt nach den aktuell freien Plätzen.

Der Familienwegzug lasse sich auf den Wohnraummangel zurückführen, sagt EBMIn **Schmetz**. Der Umzug erfolge hauptsächlich ins nähere Umfeld, da in der Stadt kein familiengerechter Wohnraum vorhanden sei. Die Kommune befindet sich bei den Wohnquartieren in einem Dilemma zwischen den Vorgaben hinsichtlich der Vergabe von Bauplätzen und den aktuellen Absichten der Bauträger hin zu kleineren Wohneinheiten. In Oßweil und in der Oststadt wohnen bereits heute die meisten Familien. Die Ausbauplanung lasse man zusätzlich extern prüfen. Ein schnellerer Ausbau der Kindertageseinrichtungen sei aufgrund der Haushaltssituation nicht möglich und könne nur sukzessive erfolgen. Die Anmeldung sei grundsätzlich ab Geburt möglich, spätestens jedoch ein halbes Jahr vor Aufnahme. Das Thema Personalmangel konnte durch unterstützende Maßnahmen stabilisiert werden und die Wirkung von Ausbildung, Gehaltsstrukturen oder Betriebskostenzuschüssen sowie Baukostenzuschüssen zeige sich.

Im Sinne des Rechtsanspruches werde ein Angebot gemacht, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie, wenngleich dieses eventuell für die Familie nicht passend sei und das Platzangebot nicht angenommen werde. Der Bedarf bleibe weiterhin bestehen. Der abgelehnte Platz werde anderen Familien angeboten und bleibe nicht frei. Es gebe eine Prioritätenliste nach entsprechenden Kriterien für die Vergabe.

Nach dieser Aussprache lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:**1.** Die Zuwendungen der Wüstenrot Stiftung

- a. in Höhe von 5.500 EUR (eingegangen am 19.03.2025)
- b. in Höhe von 5.500 EUR (eingegangen am 18.03.2025)
- c. dreimal in Höhe von je 10.000 EUR (zugesagt)

werden angenommen.

2. Die Zuwendung der Stiftung Kinderland Baden-Württemberg in Höhe von 5.856 EUR (eingegangen am 02.04.2025) wird angenommen.**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Allerborn
Stadträtin Dötterer
Stadträtin Moersch

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen. Sie dankt den Spendenden.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.